

KAUFLAND DIENSTLEISTUNG GMBH & CO. KG

PRESSESPIEGEL FÜR FREIBURG IM BREISGAU

KW 48



Kaufland

CONCILIUS AG

Hermann-Sack-Str. 3

80331 München

T: +49 89 944180

F: +49 89 9441810

info@concilium.com

www.concilium.com

ÜBERBLICK

PRIORITÄT	STADTTEIL	DATUM	ARTIKEL	ZUSAMMENFASSUNG
■ Mittel	Freiburg	25.11.2019	Am Oberrhein brummt's	Eine Statistik der IHK Freiburg zeigt, dass das verarbeitende Gewerbe am Südlichen Oberrhein im letzten Jahr um 6,2% gewachsen ist, verglichen mit dem landesweiten Durchschnitt von 2,6% ein starkes Wachstum. Dies geht auch mit einer positiven Entwicklung im Arbeitsmarkt und einer anziehenden Kaufkraft einher.
■ Mittel	Freiburg Merzhausen	26.11.2019	Noch 280 Betten mehr	Nur wenige Meter von der südlichen Freiburger Gemarkungsgrenze entfernt soll in Merzhausen ein neues Vier-Sterne-Hotel entstehen. Geplant ist ein Komplex mit bis zu neun Etagen, 132 Zimmern und insgesamt 280 Betten.
■ Mittel	Freiburg	29.11.2019	Immer noch ziehen Familien weg	Die Abwanderung ins Umland geht leicht zurück, bleibt aber auf hohem Niveau. Wegen der hohen Mieten in der Stadt verliert Freiburg Jahr für Jahr mehrere hundert Familien vor allem an die Nachbar-Landkreise. Zuletzt waren im Jahr 2018 mehr als 380 Familien ins direkte Umland gezogen. Grund für den leichten Rückgang könnte sein, dass auch in der Region der Wohnraum knapp und immer teurer wird.
■ Gering	Freiburg Stühlinger	23.11.2019	Zieht Edeka doch wieder ein?	Nach der Schließung des Edeka-Supermarkts im Stühlinger laufen Gespräche zwischen Eigentümer und Interessenten, darunter auch Edeka. Der Eigentümer und Edeka Südwest hatten sich nicht über einen neuen Mietvertrag einigen können. Nach der Sanierung soll wieder ein Laden einziehen.
■ Gering	Freiburg	27.11.2019	Gefährliches Gas aus dem Erdreich	Das Land will Vorsorge treffen, um die Belastung durch das krebserregende Radon einzudämmen. Besonders im südlichen Schwarzwald ist schon länger bekannt, dass Radon aus dem Boden austritt. Nun sollen neue Messungen durchgeführt werden und die Strahlenschutz-Vorkehrungen in Baden-Württemberg erneuert werden. Dies betrifft u. a. den Bausektor.

■ Gering	Freiburg	28.11.2019	Fraktionen: 30 Euro sind zu billig	11960 Bewohnerparkberechtigungen in 31 Parkzonen hat die Stadtverwaltung im Jahr 2018 ausgegeben. Im Gemeinderat zeichnet sich nun eine klare Mehrheit dafür ab, dass die derzeitige Jahresgebühr von 30 Euro erhöht werden soll, sobald die rechtliche Möglichkeit durch eine geänderte Bundesgesetzgebung besteht.
■ Gering	Freiburg	29.11.2019	Wo es in der Schweiz Schnäppchen gibt	Bei internationalen Marken wie IKEA oder Apple kann in der Schweiz günstiger eingekauft werden als in Deutschland. Im Lebensmittelhandel sind die Preise in der Schweiz deutlich höher, auch weil dort mehr Wert auf Qualität und Regionalität gelegt wird.
■ Gering	Freiburg	29.11.2019	Dem nachhaltigen Wirtschaften verpflichtet	Bei der Verleihung des „Deutschen Nachhaltigkeitspreises 2020“ wurde der Tofu-Hersteller Taifun-Tofu aus Freiburg Hochdorf in der Kategorie KMU geehrt. Das Unternehmen überzeugt durch die geringen Transportwege, da das Soja vollständig aus Vertragsanbau in Deutschland, Österreich und Frankreich stammt.

Mediengattung: Online News

Nummer: 4123224371

Visits (VpD): 0,200 (in Mio.)

Unique Users (UUpD): 0,060 (in Mio.)

Weblink: <http://www.badische-zeitung.de/nachrichten/wirtschaft/am-oberrhein-brummt-s>

Am Oberrhein brummt's

Die Industrie ist kräftig gewachsen, die Kaufkraft mancherorts hoch / Statistik der IHK Freiburg.

FREIBURG. Ob Metallbearbeitung oder Maschinenbau – das verarbeitende Gewerbe am Südlichen Oberrhein ist im vergangenen Jahr kräftig gewachsen. So erwirtschafteten die insgesamt 834 Industriebetriebe in den Kreisen Breisgau-Hochschwarzwald, Emmendingen und Ortenau sowie der Stadt Freiburg einen Gesamtumsatz von 24,2 Milliarden Euro (Stand: 30. September 2018). Das waren 6,2 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum – und deutlich mehr als die 2,6 Prozent Plus landesweit. Das geht aus dem aktuellen Zahlenspiegel der Industrie- und Handelskammer (IHK) Südlicher Oberrhein hervor. Demnach stieg die Zahl der Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe am Südlichen Oberrhein um 4,4 Prozent auf fast 106 000. Mehr als die Hälfte davon entfällt auf den Ortenaukreis, beim Umsatz sind es sogar knapp 60 Prozent.

Insgesamt arbeitet somit beinahe ein Viertel aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Südlichen Oberrhein in der Industrie. Die meisten Betriebe sind hier im Metallbereich, Maschinenbau und Ernährungsgewerbe tätig.

Fast 100 000 Menschen arbeiten im Dienstleistungsbereich, wobei dazu nach IHK-Angaben beispielsweise auch Erziehung und Unterricht zählen. Am

Südlichen Oberrhein ebenfalls stark vertreten sind das Gesundheits- und Sozialwesen sowie Handel und Kfz-Werkstätten. Entgegen dem Landestrend ist auch das Baugewerbe weiter gewachsen, wozu vor allem ein kräftiger Schub in der Stadt Freiburg beigetragen hat. Insgesamt entwickelte sich der Arbeitsmarkt am Südlichen Oberrhein gut. So legte die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um 2,6 Prozent auf gut 442 400 zu (Stand: 30. Juni 2018).

Die gute Entwicklung am Arbeitsmarkt schlägt sich im Konsum nieder: So liegt die Kaufkraft im Ortenauer Mittelzentrum Haslach-Hausach-Wolfach mit 7451 Euro je Einwohner über dem Landesschnitt (Stand: Juli 2019). Noch höher ist sie mit 7676 Euro je Einwohner nur im Mittelzentrum Staufen-Bad Krozingen.

Eine wichtige Rolle spielt in der Region auch der Tourismus: 1361 Hotels, Ferienwohnungen und andere Beherbergungsbetriebe gibt es in den vier Kreisen insgesamt. Der Südliche Oberrhein stellt somit ein Fünftel aller Beherbergungsbetriebe in ganz Baden-Württemberg. Die durchschnittliche Bettenauslastung war im Kreisvergleich mit 49,1 Prozent in Freiburg am höchsten und mit 36,8 Prozent im Kreis Emmendingen

am niedrigsten.

Freiburg zählte 2018 demnach 1,71 Millionen Übernachtungen, davon 572 000 von Gästen aus dem Ausland. Mit 661 000 noch mehr waren es in Rust, dem Heimatort des Europa-Parks, wo insgesamt 1,21 Millionen Übernachtungen verbucht wurden. Spitzenreiter bei der durchschnittlichen Bettenauslastung war aber Glottertal mit 60 Prozent, dicht gefolgt von Offenburg (59,9 Prozent), Bad Krozingen (59,8 Prozent) und Durbach (58,7 Prozent).

Beim Blick auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Region greift die IHK, bei der knapp 64 700 Firmen Mitglied sind, auf Zahlen des Statistischen Landesamts für 2017 zurück: Demnach wuchs das (nicht preisbereinigte) Bruttoinlandsprodukt im Vergleich zu 2016 um vier Prozent auf knapp 41,8 Milliarden Euro.

Der Zahlenspiegel der IHK zum Herunterladen:

Ressort: Wirtschaft

Veröffentlicht in der gedruckten Ausgabe der BZ vom Di, 26. November 2019:

Zeitungsartikel im Zeitungslayout: PDF-Version herunterladen

Wörter:

477

Autor: Holger Schindler [hos/51-16371249]
Seite: 18 bis 18
Ressort: Lokales
Ausgabe: Hauptausgabe

Mediengattung: Tageszeitung
Jahrgang: 2019
Auflage: 9.537 (gedruckt) 9.020 (verkauft) 9.144 (verbreitet)
Reichweite: 0,045 (in Mio.)

Noch 280 Betten mehr

Am Ortsrand von Merzhausen will die Libertas-Gruppe ein neues Vier-Sterne-Hotel eröffnen

MERZHAUSEN/FREIBURG. Nur wenige Meter von der Freiburger Gemarkungsgrenze entfernt soll in Merzhausen ein neues Vier-Sterne-Hotel entstehen. Geplant ist ein Komplex mit bis zu neun Etagen, 132 Zimmern und insgesamt 280 Betten für Übernachtungsgäste. Betreiben will das geplante Hotel an der Hexentalstraße, in direkter Nachbarschaft zum Aldi-Markt am Ortseingang, die Libertas-Gruppe mit Sitz in Köln. Damit nimmt der Wettbewerb auf dem Freiburger Hotelmarkt weiter zu.

Von Holger Schindler

„Mir ist bewusst, dass die Bettenzahl in Freiburg in den vergangenen Jahren spürbar gewachsen ist“, sagt Andreas Brennfleck, Geschäftsführer der Libertas-Hotelgruppe, „aber der Zuwachs war ja vor allem im Budget-Bereich. Wir bewegen uns als Vier-Sterne-Anbieter ja in einem anderen Marktsegment.“ Von daher sei er überzeugt, dass es für sein Unternehmen gute Chancen in Freiburg gebe.

Dabei wird das geplante Hotel gar nicht in Freiburg, sondern in Merzhausen stehen, allerdings nur einen Steinwurf von der Gemarkungsgrenze entfernt. Die Straßenbahnhaltestelle Paula-Moder-sohn-Platz im Stadtteil Vauban liegt nur 250 Meter weiter. Jedes der 132 Zimmer werde mit hochwertiger Ausstat-

tung glänzen, so Brennfleck, insbesondere mit einer modernen medialen Ausstattung, samt 50-Zoll-Smart-TV, Tablet und High-Speed-W-Lan. Das Hotel soll ferner einen eigenen Fitnessbereich samt Sauna erhalten. Eine Baugenehmigung liegt laut Brennfleck vor. Die Libertas-Gruppe betreibt bislang vier Hotels – zwei in Zell am See in Österreich und je ein weiteres in der österreichischen Hauptstadt Wien und in Bad Griesbach, Bayern, allesamt Urlaubs- und Businesshotels mit 4-Sterne-Standard und regionalem Charakter.

Baubeginn soll im ersten Quartal 2020 sein, Eröffnung 2021. Bauherr ist die Sonnentor Vauban GmbH & Co. KG aus Freiburg mit dem geschäftsführenden Gesellschafter Karl Kuhlmann, früher Vorstandschef beim Solarunterneh-

men SAG, dessen Reste später nach China verkauft wurden. Heute ist Kuhlmann als Unternehmensberater tätig.

Die Gästekapazität von Freiburgs Hotellerie lag Anfang 2017 noch bei 5200 Betten, aktuell sind es 6400, ein Plus von rund 25 Prozent – weitere 1600 Hotelbetten sind bereits in Planung, ohne das Libertas-Projekt. Christoph Glück, selbst Hotelier, FDP-Gemeinderat in Freiburg und Vorsitzender des Hotel- und Gaststättenverbands sieht diese Entwicklung kritisch: „Im Moment spielt der Markt wegen der Niedrigzinsen verrückt.“ Es sei zweifelhaft, dass die vielen Hotels alle langfristig bestehen können.

Abbildung: So soll der Übernachtungsbetrieb an der Hexentalstraße künftig aussehen. Eröffnung soll im Jahr 2021 sein. Simulation: Libertas
Fotograf: Libertas
Wörter: 362

Autor: Joachim Röderer [rö/51-16369437]
Seite: 21 bis 21
Ressort: Lokales
Ausgabe: Hauptausgabe

Mediengattung: Tageszeitung
Jahrgang: 2019
Auflage: 9.537 (gedruckt) 9.020 (verkauft) 9.144 (verbreitet)
Reichweite: 0,045 (in Mio.)

Immer noch ziehen viele Familien weg

Die Abwanderung ins Umland geht leicht zurück, bleibt aber auf hohem Niveau / Prognos-Studie: 42 Prozent des Einkommens für Miete

FREIBURG. Der Trend hält an: Wegen der hohen Mieten in der Stadt verliert Freiburg Jahr für Jahr mehrere hundert Familien vor allem an die Nachbar-Landkreise. Zuletzt waren im Jahr 2018 mehr als 380 Familien ins direkte Umland gezogen, melden die städtischen Statistiker. Die Zahl bleibt zwar insgesamt hoch – liegt aber trotz höherer Geburtenzahlen unter den Werten der Rekord-Abwanderungsjahre 2015 und 2016. Für den leichten Rückgang gibt es eine mögliche Erklärung: Auch in der Region wird der Wohnraum knapp und immer teurer.

Von Joachim Röderer

Das Wirtschaftsforschungsinstitut Prognos hat im Auftrag des ZDF einen „Deutschland-Trend“ erstellt und dabei auch die Zu- und Wegzüge von Familien untersucht. Das Ergebnis: In München, Freiburg, Frankfurt und Stuttgart wanderten mehr Familien ab als zu. Einen Grund sehen die Forscher in den hohen Mieten. Denn in München müssten Familien durchschnittlich etwa 43 Prozent ihres Einkommens für Wohnen aufwenden, in Freiburg seien es 42 Prozent und in Frankfurt 39 Prozent.

Was die Zu- und Wegzüge von Familien in der Region anbelangt, hat Freiburg noch wie vor einen negativen Saldo mit den Nachbarlandkreisen: 2018 etwa zogen 143 Familien aus dem Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald in die

Stadt hinein, aber mit 278 annähernd doppelt so viele hinaus aufs Land. Mit dem Landkreis Emmendingen verhält es sich ähnlich: 35 Zuzügen von Familien standen im vergangenen Jahr drei Mal so viele Wegzüge gegenüber. Die Wanderungsstatistik insgesamt, die nicht nur Familien erfasst, gibt einen Hinweis, welche Kommunen am meisten Zuzug aus der Großstadt nebenan bekommen: Im vergangenen Jahr waren es Bad Krozingen (125 Zuzüge aus Freiburg), knapp gefolgt von der Stadt Emmendingen (116).

„Das Phänomen der Suburbanisierung ist in den meisten Städten verbreitet und dadurch gekennzeichnet, dass sich junge Familien im Umland mit geeignetem Wohnraum versorgen“, erklärt Sören Werner vom städtischen Amt für Bür-

gerservice und Informationsmanagement. Die absolute Zahl der Wegzüge ist seit 2016 immerhin leicht zurückgegangen. „Auch im Umland wird es immer schwerer, eine Wohnung zu finden“, sagt Oliver Kamenisch, Geschäftsführer der Sparkassen-Immobilien-gesellschaft. Ein Freiburger Dilemma sei zudem, dass kaum neuer Wohnraum für Familien entstehe.

Trotz der Wegzüge: Die Zahl der Haushalte mit Kindern liegt bei 17 Prozent – und damit nur 1,2 Prozentpunkte niedriger als 1998. Durch die Geburtenrekorde der vergangenen Jahre sind viele neue Familien aus der Stadt heraus entstanden.

Wörter: 371

Autor: Fabian Vögtle [vö/51-16377521]
Seite: 33 bis 33
Ressort: Lokales
Mediengattung: Tageszeitung

Jahrgang: 2019
Auflage: 24.272 (gedruckt) 22.476 (verkauft)
 22.837 (verbreitet)
Reichweite: 0,094 (in Mio.)

Zieht Edeka doch wieder ein?

Nach der Schließung des Supermarkts im Stühlinger laufen Gespräche zwischen Eigentümer und Interessenten – darunter auch Edeka

FREIBURG-STÜHLINGER. Vor genau zwei Wochen war Schluss. Die Edeka-Filiale an der Kreuzstraße im Stühlinger hat wie Wochen zuvor angekündigt zugemacht. Bei einem Flashmob machten Kunden und Anwohner am letzten Öffnungstag nochmal deutlich, dass das Ende des Supermarkts für sie ein herber Verlust ist. Der Eigentümer und Edeka Südwest hatten sich nicht über einen neuen Mietvertrag einigen können (BZ berichtete). Doch was passiert nun mit der Immobilie? Nach der Sanierung soll wieder ein Laden einziehen, am Ende vielleicht sogar doch Edeka.

Von Fabian Vögtle

Das Interesse sei sehr groß, sagt Hilmar Schleer. Der Geschäftsführer der Eigentümergesellschaft ist optimistisch, dass im nächsten Jahr wieder ein Supermarkt in den eingeschossigen Flachbau an der Kreuzstraße einzieht. Der 78-Jährige fühlt sich den Anwohnern verpflichtet, wie er im BZ-Gespräch sagt. Vor zwei Wochen, am Tag der Schließung, zeigten einige von ihnen in einem „Flashmob“, wie sehr sie den Wegfall ihres Supermarktes um die Ecke bedauern. Die Nahversorgung trage entscheidend zur Lebensqualität bei, so der Tenor. Die Aktion der Nachbarn hat neben einigen Mitarbeiterinnen, die jetzt unter anderem in den E-Centern in Gundelfingen und an der Lörracher Straße beschäftigt sind, auch Schleer berührt. Er habe in den vergangenen Wochen mehrere Angebote aus verschiedenen Branchen bekommen. Doch für den Freiburger Unternehmer steht fest, dass dort wieder ein Lebensmittelladen einziehen soll. Der bereits unterschriebene Vertrag mit einem selbständigen Kaufmann, der im Januar 2020 dort seinen

Supermarkt eröffnen sollte, wurde kurz darauf wieder aufgelöst (BZ berichtete). Doch seitdem hätten mit mehreren Märkten Gespräche stattgefunden. Sogar Edeka Südwest mit Sitz in Offenburg sei in der Zwischenzeit wieder auf ihn zugekommen, sagt Hilmar Schleer. „Ich bin guter Dinge, dass es mit Edeka klappt“, sagt er jetzt. Auf BZ-Anfrage teilt Christhard Deutscher, Sprecher der Handelsgesellschaft, mit, dass über eine mögliche Nachnutzung des Standorts derzeit keine Auskunft gegeben werden könne. Man halte sich jetzt an die Vereinbarungen und räume den Markt. Die Räumung ist derzeit in vollem Gange. Edeka Südwest und die Grundstückseigentümergesellschaft hatten sich 2018 nicht auf eine Verlängerung des zum 31. Dezember 2019 auslaufenden Mietvertrags einigen können. Dieser über mehrere Jahre laufende Vertrag stammt noch vom Edeka-Vorgänger Gottlieb und dem damaligen Eigentümer aus dem Jahr 1982 und wurde seitdem immer wieder erneuert – bis zum vergangenen Jahr. Nun sieht Schleer aber offenbar wieder eine Chance, dass ein neuer

Edeka-Markt in dem rund 800 Quadratmeter-Bau eröffnet. Doch nun stehe erst mal eine Sanierung an, sagt Schleer.

Und wenn es mit Edeka am Ende nicht klappen sollte, kann sich Schleer auch weiterhin vorstellen, eine Art Markthalle an dem Standort zu etablieren. Dann müsste das Gebäude so umbaut werden, dass etwa mehrere kleine Läden wie Bäckerei, Metzgerei, Obstladen und Feinkostgeschäft Platz hätten.

Wohnheim auf dem Dach des Supermarkts?

Der Bürgerverein Stühlinger plädiert für einen Markt mit Vollsortiment, wie die Vorsitzende Daniela Ullrich mitteilt. Zur möglichen Rückkehr von Edeka sagt sie: „Wir wären froh und drücken die Daumen, dass es klappt.“ Auch den von Schleer bereits ins Spiel gebrachte Plan, über der Ladenfläche mittelfristig Wohnungen, etwa für Studierende, bauen zu lassen, begrüßt sie. Das sei sicherlich nicht einfach zu realisieren, wäre aber eine positive Weiterentwicklung im Stadtteil.

Abbildung: Am letzten Öffnungstag vor zwei Wochen versammelten sich Stammkunden und Anwohner vor der Edeka-Filiale an der Ecke Kreuzstraße/Breisacher Straße. FOTO: Michael Bamberger
Fotograf: Michael Bamberger
Abbildung: In der Zukunft, so der Plan des Eigentümers, könnten auf der Ladenfläche Wohnungen entstehen, etwa für Studierende. FOTO: Ingo Schneider
Fotograf: Ingo Schneider
Wörter: 548

Autor: Wulf Rüska [amp/51-16370303]
Seite: 6 bis 6
Ressort: Politik & Nachrichten
Ausgabe: Hauptausgabe

Mediengattung: Tageszeitung
Jahrgang: 2019
Auflage: 9.537 (gedruckt) 9.020 (verkauft) 9.144 (verbreitet)
Reichweite: 0,045 (in Mio.)

Gefährliches Gas aus dem Erdreich

Das Land will Vorsorge treffen, um die Belastung durch das krebserregende Radon einzudämmen / Noch laufen erst die Vorbereitungen für neue Messungen

FREIBURG. Dass ein Gas namens Radon aus dem Boden tritt, ist insbesondere im südlichen Schwarzwald seit geraumer Zeit bekannt. Doch nun nimmt man auch die Gesundheitsgefahren ernster, die mit dem natürlich vorkommenden radioaktiven, farb- und geruchlosen Edelgas verbunden sind: Fünf Prozent aller Lungenkrebskrankungen sollen dadurch verursacht sein – das wären rund 1900 Todesfälle pro Jahr in Deutschland. Deshalb verlangt das Strahlenschutzgesetz Vorkehrungen. Die nehmen in Baden-Württemberg aber erst langsam Formen an.

Von Wulf Rüska

Der Termin steht seit einem Jahr fest: Ende 2020 muss das Land sogenannte Radon-Vorsorgegebiete ausweisen. Das sind dann Regionen, in denen die Belastung mit Radon, einem Zerfallsprodukt von Uran, nachweislich so hoch ist, dass in nicht ausreichend gelüfteten Räumen für die dort wohnenden oder arbeitenden Menschen eine statistisch ermittelte Gefahr besteht, an Krebs zu erkranken. Deshalb verlangt das Strahlenschutzgesetz dort zum einen, die Bevölkerung aufzuklären, zum anderen aber nimmt es Arbeitgeber in die Pflicht, an allen Arbeitsplätzen im Keller oder im Erdgeschoss ihrer Gebäude Radon zu messen. Und zum dritten soll diese Belastung auch im Baurecht berücksichtigt werden.

Bevor das zuständige Umweltministerium freilich Radonvorsorgegebiete festlegen kann, muss es an Ort und Stelle konkret messen lassen, wie viel Gas tatsächlich in der Raumluft ist. Doch so weit ist man in Baden-Württemberg ein Jahr vor Ablauf der Frist noch nicht: „Momentan laufen die detaillierten Vorbereitungen und Planungen dafür. Ein Zeitplan, wann wo gemessen wird, liegt jedoch noch nicht vor“, heißt es aus dem Ministerium.

Die Länder warten zudem auf eine neue Karte des Bundesamts für Strahlenschutz zur Radonbelastung in der Bundesrepublik, die bis Mitte 2020 vorliegen soll.

Die Erfahrungen mit diesen Karten – die eher Prognosen, wo Radon zu erwarten ist, als tatsächliche Messwerte zeigen – sind allerdings eher verwirrend. In Lör-

rach und Weil am Rhein beispielsweise, wo laut Bundesamt eigentlich keine Belastung zu finden sein sollte, ergaben Messungen des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) in Schulen dennoch überhöhte Werte.

Diese Unschärfe liegt unter anderem daran, dass auch Bodenluftwerte in die Prognosen eingeflossen sind – bis zu 300000 Becquerel und mehr pro Kubikmeter Luft (Becquerel ist die Maßeinheit für die Strahlungsaktivität) wurden gemessen. Oberirdisch werden diese Werte überall zum Glück bei weitem nicht erreicht, weil das Gas durch die Atemluft stark verdünnt wird. Eine so starke Belastung des Bodens wurde im Kreis Freudenstadt nicht festgestellt – aber gesundheitlich bedrohliche Werte in Innenräumen, die offenbar anders zu erklären sind.

Auch am Hochrhein gibt es belastete Gebiete

Die Gesundheitsgefahr hat der Gesetzgeber mit 300 Becquerel und mehr pro Kubikmeter Luft angesetzt – ein Richt-, aber kein Grenzwert. Denn nach Beobachtung durch Mediziner gibt es keinen Schwellenwert, unterhalb dessen Radon harmlos wäre. Schützen kann man sich gegen die Gesundheitsgefahren durch Lüften der Räume, aber vor allem durch die Abdichtung von Gebäuden nach unten gegen das Erdreich, aus dem das Gas ausströmt.

Genau das soll in den kommenden Vorsorgegebieten baurechtlich gesichert werden, dazu läuft auch bereits eine Informationskampagne des Landes für Architekten und Bauhandwerker; die Idee ist, die allenthalben laufende ener-

getische Sanierung von Häusern mit der Schließung sogenannter Radon-Eindringpfade in Fundament und Grundflächen zu verbinden. Zudem gibt es in den Landkreisen Vorträge, die sich an die breite Öffentlichkeit richten und die über den Umgang mit dieser naturgegebenen Gesundheitsgefahr informieren.

Schon heute gilt die Verpflichtung, die Radonwerte zu messen, für Arbeitsplätze in Bergwerken, Höhlen und Anlagen der Wasserversorgung. Das Bundesamt für Strahlenschutz hat zudem allein in Baden-Württemberg an Hunderten Stellen im Boden und in Wohnungen gemessen. Das aber reicht wegen der kleinräumigen Unterschiede in der Belastung nur für ein grobes Raster. Um Vorsorgegebiete zu bestimmen, muss deshalb an Ort und Stelle die Radonbelastung geprüft werden. Ist dann für mindestens zehn Prozent der Gebäude eine Überschreitung des Richtwertes zu erwarten, werden die Arbeitgeber, im Fall von Schulen auch die Kommunen, in die Pflicht genommen. Für private Wohnräume gilt die Eigenverantwortung jedes Bürgers für seine Gesundheit – entsprechend zum Rauchen, das für die anderen 95 Prozent der Lungenkrebsfälle verantwortlich ist.

Dass solche detaillierten Messungen nötig sind, haben eben die Befunde in Lörracher und Weiler Schulen 2017 erwiesen. Zwar gelten der Südschwarzwald wie die Alb als die Gebiete in Baden-Württemberg, an denen mit erhöhter Radonbelastung zu rechnen ist – in Menzenschwand gab es früher Uranabbau, heute wird dort ein Radonheilbad betrieben. Vom Hochrhein hat

man dies jedoch nicht erwartet. Die Stadt Lörrach hat auf die Befunde reagiert und weitere Messungen veranlasst. Nun werden oder sind in den betroffenen Schulen Lüftungsanlagen installiert, die das Radon aus den Räumen abtransportieren sollen. Ein Kindergarten, der eine hohe Belastung aufwies, ist aus dem betroffenen Gebäude ausgelagert worden, welches abgebrochen und an

gleicher Stelle neu errichtet wird. Lörrach oder Weil sind Beispiele, dass bei der Ermittlung der Radonvorsorgegebiete mit Überraschungen zu rechnen ist. Denn der Prognosekarte zufolge besteht selbst in Menzenschwand nur eine schwache Radonbelastung. Insgesamt, so Experten, dürfte das Thema Radonbelastung bei jeder zehnten Gemeinde im Land bald auf der Tages-

ordnung stehen.

Broschüre zu Radon:
<https://um.baden-wuerttemberg.de/de/service/publikationen/publikation/did/schutz-vor-radon-vorkommen-risiko-regelungen/>

Abbildung:

Wegen zu hoher Radon-Werte wurden an der Lörracher Theodor-Heuss-Realschule 2018 die belasteten Kellerräume saniert. FOTO: Peter Gerigk

Fotograf:

Peter Gerigk

Wörter:

823

Autor: Joachim Röderer [rö/51-16369437]
Seite: 21 bis 21
Ressort: Lokales
Ausgabe: Hauptausgabe

Mediengattung: Tageszeitung
Jahrgang: 2019
Auflage: 9.537 (gedruckt) 9.020 (verkauft) 9.144 (verbreitet)
Reichweite: 0,045 (in Mio.)

Fraktionen: 30 Euro sind zu billig

Debatte ums Anwohnerparken: Eine BZ-Umfrage zeigt, dass eine Ratsmehrheit die Gebühr erhöhen will, wenn die Möglichkeit besteht

FREIBURG. 11960 Bewohnerparkberechtigungen in 31 Parkzonen hat die Stadtverwaltung im Jahr 2018 ausgegeben. Die Nutzerinnen und Nutzer müssen sich auf deutlich höhere Kosten für die Ausweise einstellen. Im Gemeinderat zeichnet sich nach einer BZ-Umfrage eine klare Mehrheit dafür ab, dass die derzeitige Jahresgebühr von 30 Euro fallen soll – sobald die rechtliche Möglichkeit dazu besteht. Ein Bürgervereinsvorsitzender fordert die Räte zum Maßhalten auf.

Von Joachim Röderer

Die Städte sollen die Möglichkeit eingeräumt bekommen, die Höhe der Gebühr für den Anwohnerparkausweis selbst festzulegen (die BZ berichtete). Die heute geltende Deckelung von 30 Euro soll entfallen. So hat es Verkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) angekündigt. Baubürgermeister Martin Haag hat für Freiburg einen Zielwert von 20 bis 30 Euro pro Monat ins Spiel gebracht. Das wäre mehr als eine Verzehnfachung der Gebühren. Nimmt man den Haag-Vorschlag als Grundlage, würde die Stadt durch Anwohnerausweise im Vergleich zu heute jedes Jahr 2,5 bis 4 Millionen Euro mehr einnehmen.

Die Ausweise sind jeweils ein Jahr gültig. Im Jahr 2019 zeichnet sich noch einmal eine Zunahme bei den vergebenen Ausweisen ab. Bis zum Montag waren 11859 Berechtigungen ausgegeben – damit wird die 2018er-Zahl bis zum Jahresende deutlich übertroffen werden. Die meisten Anwohnerplätze befinden sich in der Wiehre (rund 3000 Berechtigungen), im Stühlinger (866), Herdern-West (688) oder im Sedanquartier (628). Offen ist noch, wann das Bundesverkehrsministerium die Gebühren-Deckelung abschaffen wird – den politischen Willen hat Minister Scheuer jedenfalls mehrfach verkündet. Wie die Stadtverwaltung würde auch die große Mehrheit

der Ratsfraktionen die Freigabe begrüßen – und sich auch für höhere Tarife entscheiden, wie eine Umfrage der Badischen Zeitung ergeben hat. Die Grünen (13 von 48 Sitzen) halten die von Bürgermeister Haag vorgeschlagenen 20 bis 30 Euro pro Monat für vorstellbar. So würden Anreize gesetzt, das eigene Auto zugunsten von Car-Sharing abzuschaffen. „Wir streben eine weitere schrittweise Erhöhung an“, fügen die Grünen noch hinzu.

Die derzeitigen 8 Cent pro Tag für die Benutzung des öffentlichen Raums empfindet auch die Fraktion SPD/Kulturliste (7 Sitze) weder als zeitgemäß noch dem tatsächlichen Wert entsprechend. Höhere Gebühren müssten aber im Rahmen eines Gesamtverkehrskonzeptes gedacht werden.

Irene Vogel (Eine Stadt für alle/ 7 Sitze) sieht in den vorgeschlagenen 360 Euro eine gute Diskussionsgrundlage – Mehreinnahmen müssten aber für Maßnahmen, die der Verkehrswende zugutekämen, eingesetzt werden. Und: Bei der Preisgestaltung müsste eine soziale Komponente berücksichtigt werden. Die CDU (6 Sitze) meint: Das Drehen an der Kostenschraube benachteilige wieder die Bürgerinnen und Bürger mit knappem Budget, die auf das Auto angewiesen sind. Und: Wenn die Kosten massiv erhöht würden wie vorgeschlagen, dann

müsste – anders als heute – auch ein garantierter Stellplatz zur Verfügung stehen.

Die Freien Wähler (3) halten eine künftige Gebühr von 10 bis 15 Euro pro Monat für vorstellbar. Sascha Fiek von FDP/BfF (3) weist darauf hin, dass Parkraum in einer wachsenden Stadt eine knappe Ressource ist. Auch Fiek ist für eine deutliche Anhebung der Gebühr, er kann sich auch vorstellen, dass die Höhe von der Zahl der Autos in einem Haushalt abhängig ist. Auch der Parkdruck in einem Quartier könnte den Preis beeinflussen. Gerlinde Schrepp (Freiburg lebenswert/ 2 Sitze) spricht sich für eine moderate Erhöhung auf 40 Euro pro Jahr aus. Die AfD (2) will es bei den 30 Euro belassen. Die Autofahrer dürften nicht zur städtischen Melkkuh gemacht werden.

Nichts spreche gegen eine moderate Anpassung, sagt dagegen Hans Lehmann, Vorsitzender des Bürgervereins Oberwiehre Waldsee. Die vom Baubürgermeister vorgeschlagenen 240 bis 360 Euro gingen aber über jedes vernünftige Maß hinaus, gibt Lehmann seine persönliche Meinung wieder: „Warum muss in dieser Stadt immer alles so maßlos sein? Das geht mir nicht in den Kopf.“

Abbildung: Kostet bald mehr: die Anwohnerparkberechtigung FOTO: Ingo Schneider
Fotograf: Ingo Schneider
Wörter: 596

Seite: 11
Ressort: Hochrhein
Mediengattung: Tageszeitung

Auflage: 4.622 (gedruckt) 5.110 (verkauft) 5.166 (verbreitet)
Reichweite: 0,018 (in Mio.)

Wo es in der Schweiz Schnäppchen gibt

Vieles, aber längst nicht alles ist bei den Eidgenossen wirklich teurer. In manchen Fällen kann man beim Einkauf im Nachbarland sogar sparen. Wir haben es ausprobiert

Von Justus Obermeyer justus.obermeyer@suedkurier.de

Kreis Waldshut/Schweiz Zum Einkauf in die Schweiz? Zugegeben, auf den ersten Blick klingt diese Idee etwas verrückt. Zu groß sind die Preisunterschiede auf den beiden Seiten des Rheins. So ist zumindest die landläufige Meinung. Bei näherem Hinsehen gibt es aber doch das ein oder andere Angebot, das einen Besuch in der Schweiz lukrativ macht. Auch wenn echte Schnäppchen natürlich äußerst rar sind. Gerade am Hochrhein wird die Schweiz seit jeher nicht nur für Schokolade und Käse geschätzt. Ob Teigwaren, Kaffee, qualitativ hochwertige Lebensmittel, Tabakwaren, Benzin oder auch Glühbirnen in den vergangenen Jahrzehnten zog es Deutsche immer wieder über die Grenze, um sich bei Migros, Coop und Co. mit Schweizer Produkten einzudecken. Doch längst hat sich der Einkaufstourismus umgekehrt. Aber auch heute gibt es in der Schweiz einige Waren, die den Preisvergleich bestehen. Wir haben einige Beispiele gesammelt.

Preisvergleich 1: Elektronische Geräte: Ausgerechnet die hochpreisigen Artikel des kalifornischen Technologieunternehmens Apple sind in der Schweiz oftmals günstiger als in Deutschland. Ob iPad, iPhone, Computer oder auch Zubehör: Die Zahl auf dem Preisschild ist beim gleichen Produkt meist identisch, lediglich in der Währung unterscheiden sich die deutschen und Schweizer Apple-Shops. Beispiel: Ein iPhone XR kostet in Deutschland 699 Euro, in der Schweiz 699 Schweizer Franken. Beim aktuellen Wechselkurs ergibt sich somit eine Ersparnis von rund zehn Prozent. Aber Vorsicht: Bei der Einfuhr nach Deutschland müssen Waren mit einem Wert von über 300 Euro verzollt werden. Für sie ist dann eine zusätzliche Mehrwertsteuer von 19 Prozent fällig, was die Ersparnis schnell

auffrisst. Für Waren unter 300 Euro kann sich der Besuch eines Schweizer Shops allerdings lohnen. Groß ist das Apple-Angebot in dieser Preisklasse allerdings nicht.

Preisvergleich 2: Unterhaltungselektronik: Auch bei anderen Elektronikfachgeschäften liegen die Schweizer Preise ab und zu niedriger als in Deutschland. Das gleiche Modell einer Spielekonsole kostet beispielsweise beim Schweizer Mediamarkt 329 Schweizer Franken, in Deutschland 339 Euro. Neben der Zollfreigrenze von 300 Euro ist hier aber noch aus einem anderen Grund für Schnäppchenjäger Vorsicht geboten: Elektronische Geräte werden in der Schweiz meist mit dem dreipoligen Schweizer Stecker verkauft, der in deutschen Steckdosen unbrauchbar ist. Mit entsprechendem Adapter ist das aber auch kein Problem. Auch Computertastaturen sind in der Schweiz anders: Umlaute und ß sind nur über Sonderzeichen zu finden.

Preisvergleich 3: Ikea: Spannend sind deutsch-schweizerische Preisvergleiche bei internationalen Ketten, die in beiden Ländern vertreten sind. Vor allem das schwedische Möbelhaus Ikea ist auch bei Deutschen am Hochrhein beliebt, gibt es doch in direkter Grenznahe einen Markt in Pratteln, der nächste deutsche Markt ist dagegen erst in Freiburg. Tatsächlich lohnt hier der genaue Vergleich, denn das Preissystem des schwedischen Möbelgiganten ist hochkomplex: Jedes Land hat seine eigenen Preise, eine grundsätzliche Tendenz für ein ganzes Land lässt sich daraus aber nicht schließen. Beispiele: In der Schweiz ist das Grundmodell des Schrank-Klassikers Pax mit 90 Schweizer Franken etwas billiger als in Deutschland (90 Euro). Aber Vorsicht: Einzelne Ausführungen des Schranksystems können bei den Eidgenossen allerdings dramatisch teurer werden. Im gan-

zen Sortiment finden sich Produkte, die mit den deutschen Ikea-Preisen zumindest mithalten können allerdings gibt es auch reichlich Gegenbeispiele. Hier empfiehlt sich also eine genaue Recherche.

Preisvergleich 4: Aldi und Lidl: Seit einigen Jahren mischen auch die beiden deutschen Discounter-Ketten Aldi und Lidl den Schweizer Lebensmittelmarkt auf. Gibt es hier größere Chancen auf Schnäppchen? Auf den ersten Blick unterscheiden sich die Schweizer Lidl-Märkte kaum von jenen in Deutschland. Anders ist dies bei den Aldi-Filialen: Die Schweizer Märkte sind deutlich edler aufgemacht entsprechend sind allerdings auch die Preise. Bei einem Testkauf gab es kaum ein Produkt, das in einem der Schweizer Discounter billiger ist. Allerdings unterscheidet sich auch ein Teil des Sortiments: Beide Discounter legen in der Schweiz großen Wert auf Schweizer Produkte in höherer Qualität: Beispielsweise spezielle Käsesorten, Wein aus dem Tessin oder Premium-Schokolade. Aldi und Lidl Suisse suchen damit den Wettbewerb mit Migros und Co. Für ihre deutschen Märkte sind sie hingegen preislich keine Konkurrenz.

Fazit: Eine Shopping-Tour in die Schweiz kann zweifellos teuer werden. Einige ausgewählte Produkte können allerdings preislich mit dem Niveau nördlich des Rheins mithalten. Im Einzelfall lohnt sich der genaue Preisvergleich. Echte Schnäppchen sind absolut selten. Allerdings sollten deutsche Einkaufstouristen dann auch die Zollregeln im Auge behalten. Wer die hohe Qualität der Schweizer Lebensmittel schätzt, braucht den Abstecher über die Grenze nicht scheuen.

Wichtige Zollregeln

Mehrwertsteuerrückerstattung: Genauso wie Schweizer Kunden in Deutschland haben auch deutsche Kunden in der

Schweiz die Möglichkeit, sich bei der Ausfuhr von Waren die Mehrwertsteuer zurückerstatten zu lassen. Der Normal-satz der Schweizer Mehrwertsteuer beträgt aktuell 7,7 Prozent. Allerdings hat die Schweiz eine Bagatellgrenze: Der Mindesteinkaufswert je Verkaufsgeschäft beträgt 300 Schweizer Franken (inklusive Mwst). Liegt der Wert darunter, gibt es auch keine Rückerstattung. Ein Formular für die Rückerstattung händigen die Verkaufsgeschäfte auf Anfrage aus, anschließend muss es bei der Ausfuhr am Schweizer Zoll vorgelegt werden. Allerdings ist zu beachten, dass bei der Einfuhr nach Deutschland Waren im Wert von mehr als 300 Euro verzollt werden müssen. Hier ist also die zusätzliche Entrichtung der deutschen Mehrwertsteuer von 19 Prozent erforderlich. Genaueres zu den Bestimmungen sind online bei der eidgenössischen

Zollverwaltung nachzulesen. Ein Rechenbeispiel: Das neueste Apple Ipad kostet (in der günstigsten Version) in der Schweiz 379 Schweizer Franken. Beim Kauf kann sich ein Käufer aus der EU bei der Ausfuhr die Schweizer Mehrwertsteuer von 7,7 Prozent zurückerstatten lassen. Dies sind 27,10 Schweizer Franken. Damit ergibt sich ein Nettopreis von 351,90 Schweizer Franken, umgerechnet 319,18 Euro. Bei der Einfuhr nach Deutschland muss für diesen Nettopreis die Mehrwertsteuer von 19 Prozent entrichtet werden. Damit ergibt sich letztlich ein Endpreis von 379,82 Euro. Beim Kauf in Deutschland hätte man 379 Euro zahlen müssen. Somit verbleibt zumindest beim gegenwärtigen Franken-Kurs keine Ersparnis. Kleiner Grenzverkehr: Achtung, niedrigere Freigrenzen! Für Bewohner der grenznahen Gemeinden oder Grenzgän-

ger gelten besonders scharfe Regeln: Wer weniger als 15 Kilometern vom Grenzübergang entfernt wohnt, und auf Schweizer Seite innerhalb eines Radius von 15 Kilometern einkauft, für den gelten niedrigere Freigrenzen: In solchen Fällen dürfen nur Waren mit einem Wert von maximal 90 Euro eingeführt werden. Und: Es dürfen nicht mehr als 30 Euro auf Lebensmittel des täglichen Bedarfs entfallen. Tipp: Wenn man den 15 Kilometer-Radius bei seiner Shopping-Tour nachweislich verlassen hat, gilt wieder die höhere 300 Euro-Grenze. Alternativ empfiehlt es sich, einen Umweg zu fahren und den nächsten Grenzübergang zu nutzen, der weiter als 15 Kilometer vom Einkaufs- oder Wohnort entfernt ist. (job)

Abbildung:

Schnäppchen in der Schweiz? Auch die Schweizer Filialen der Discounter Aldi und Lidl können mit den deutschen Preisen kaum mithalten. Dafür legen sie Wert auf typische Schweizer Produkte, wie Fondue-Käse, Rivella und Schokoladenspezialitäten. Bild: J. Obermeyer

Wörter:

1125

Autor: Konrad, Jörg [kon/833]
Seite: 050 bis 050
Ressort: Branchen-Forum

Jahrgang: 2019
Nummer: 48
Auflage: 34.000 (gedruckt) 36.045 (verkauft)
51.597 (verbreitet)

Mediengattung: Zeitschrift/Magazin

Dem nachhaltigen Wirtschaften verpflichtet

12. Deutscher Nachhaltigkeitspreis verliehen – Alnatura, Develey und Profol unter den Gewinnern 2020

Düsseldorf. Die Sieger des „Deutschen Nachhaltigkeitspreises 2020“ sind gekürt und gefeiert. Unter den Ausgezeichneten sind der Bio-Spezialist Alnatura, der Feinkosthersteller Develey und Verpackungshersteller Profol.

Am Freitagabend wurde in Düsseldorf vor 1200 Gästen der Deutsche Nachhaltigkeitspreis verliehen. Ausgezeichnet wurde unter anderem Alnatura für seine im Februar in Darmstadt eingeweihte ‚Alnatura Arbeitswelt‘ (Iz 05-19). Den ‚Nachhaltigkeitspreis Architektur‘ nahm der Gründer und Geschäftsführer des Bio-Händlers und -Herstellers Götz Rehn entgegen. Der neue Unternehmenssitz überzeugte die Jury „durch eine außerordentliche ganzheitliche Qualität, die Möglichkeiten einer nachhaltigen Bauweise umfassend auslotet.“ Das Gebäude biete „den Mitarbeitern eine außergewöhnlich helle, anregende

Arbeitsumgebung, die Kommunikation fördert und Räume für Kreativität schafft“.

In der Kategorie ‚Unternehmen mittlerer Größe‘ siegte das bayerische Traditionsunternehmen Develey aus Unterhaching. Der Hersteller von Senf- und Feinkostspezialitäten legt Wert auf die Regionalität der Produkte sowie Rohstoffe und hat ein integriertes Nachhaltigkeitssystem etabliert. In der Kategorie KMU konnte der Tofu-Hersteller Taifun-Tofu aus Freiburg die Jury überzeugen: Das Soja stammt u.a. vollständig aus Vertragsanbau in Deutschland, Österreich und Frankreich, wodurch die

Transportwege stark reduziert werden konnten.

Für ihre Polypropylen-Platine zum Verschluss von Lebensmittelbehältern erhielt die Profol GmbH aus dem oberbayerischen Halfing den Sonderpreis Verpackung des DNP. Mit ihrer Folie müssen Becher und Deckel vor dem Entsorgen nicht mehr getrennt werden, wodurch die Recyclingquote steigt. Die Sonderauszeichnung wurde in diesem Jahr erstmals von der Stiftung Deutscher Nachhaltigkeitspreis und der Rewe Group vergeben.

kon/lz 48-19

Abbildung:

Preisübergabe: Sir Robert Watson, Präsident Weltklimarat (IPCC) a.D. ehrt stellvertretend für Greta Thunberg die Fridays for Future-Aktivistinnen Maira Keller und Luisa Neubauer.

Grund zur Freude: Alice Franke, Nachhaltigkeitsmanagerin Develey.

Fotos: Dariusz Misztal/Ralf_Rühmeier

Nachhaltiges Bauen: Alnatura-Inhaber Prof. Götz E. Rehn (2.v.r.) nimmt den ‚Nachhaltigkeitspreis Architektur‘ in Empfang.

Sonderpreis Verpackung: Die Umweltaktivistin Alexandra Cousteau würdigt Profol-Inhaber und -CEO Philipp Schieferdecker (r.) im Beisein von Rewe-Chef Lionel Souque (2.v.r.) und Preisinitiator Stefan Schulze-Hausmann.

Ehrenpreisträger: Bundesfamilienministerin Franziska Giffey übergibt die Auszeichnung an Bundespräsident a.D. Joachim Gauck.

Wörter:

319

Urheberinformation:

(c) dfv Mediengruppe